

20 MINUTEN-/TAMEDIA- ABSTIMMUNGSUMFRAGE



Eidgenössische Volksabstimmungen vom 29. November 2020
Auswertung 3. Umfragewelle
Sperrfrist: 18. November, 6.00 Uhr

Originalfoto: Olivier Bruchez

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Resultate	2
1 Konzernverantwortungsinitiative	6
1.1 Unterstützung nach Geschlecht	7
1.2 Unterstützung nach Parteien	8
1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	9
1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	10
1.5 Unterstützung nach Alter	11
1.6 Argumente	12
2 Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten	13
2.1 Unterstützung nach Geschlecht	14
2.2 Unterstützung nach Parteien	15
2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen	16
2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp	17
2.5 Unterstützung nach Alter	18
2.6 Argumente	19
3 Ständemehr Konzernverantwortungsinitiative	20
4 Vorhersagen für die Vorlagen	21
4.1 Konzernverantwortungsinitiative	21
4.2 Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten	22
5 Technische Details	23
6 Statistische Unschärfe	23
6.1 Vorhersagen	24
7 Modellbasierte oder designbasierte Umfragen?	25
8 Bisherige Umfragen und Vergleich mit Endergebnis	26

Projektleitung: Christoph Zimmer, Chief Product Officer Tamedia, christoph.zimmer@tamedia.ch
Projektkoordination: Daniel Waldmeier, daniel.waldmeier@20minuten.ch, Jacqueline Büchi, jacqueline.buechi@tamedia.ch

Konzeption, Entwicklung & Durchführung: LeeWas GmbH,
Lucas Leemann (leemann@leewas.ch), Fabio Wasserfallen (wasserfallen@leewas.ch),
Thomas Willi (willi@leewas.ch)



Zusammenfassung der Resultate

Die Unterstützung für beide Vorlagen ist im Vergleich zu der letzten Umfragewelle gesunken. Während der Abstimmungsausgang bei der Konzernverantwortungsinitiative offen ist, deuten die Umfrageresultate auf eine Ablehnung der Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten hin. Gemäss der dritten Welle der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage wird die Konzernverantwortungsinitiative von 51% der Stimmbevölkerung unterstützt, während 41% dem Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten zustimmen wollen.

Sehr ausgeprägt bleibt bei beiden Vorlagen die Polarisierung zwischen links und rechts, der Stadt-Land Graben und die Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Generationen. Im Vergleich zu der zweiten Umfragewelle hat die Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative deutlich zugenommen bei der Basis der SVP, während die Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten bei der GLP Wählerschaft am stärksten an Unterstützung eingebüsst hat.

Da beide Vorlagen insbesondere in den Städten an Zustimmung erfahren, ist für den Erfolg der Initiativen das Ständemehr die grössere Hürde als das Volksmehr. Selbst bei einem relativ klaren Volksmehr von 53% ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Konzernverantwortungsinitiative das Ständemehr erreichen wird, gemäss unseren Berechnungen genau so gross wie das Scheitern (also 50-50, wie bei einem Münzwurf, Seite 20).

Konzernverantwortungsinitiative: Offene Ausgangslage

Knapp zwei Wochen vor dem Abstimmungssonntag spricht sich mit 51% Ja-Stimmen eine knappe Mehrheit der Befragten für die Konzernverantwortungsinitiative aus (bei 48% Nein-Stimmen, Seite 6). Das sind 6%-Prozentpunkte weniger Ja-Stimmen im Vergleich zu der Umfragewelle vor zwei Wochen. Damit ist der Ausgang der Vorlage offen. Die Analysen der Umfrageresultate weisen auf einen sehr starken Unterschied der Geschlechter hin: Frauen befürworten die Konzernverantwortungsinitiative mit 58%, während Männer die Vorlage mehrheitlich ablehnen (45% Ja, Seite 7). Zudem wird die Initiative stärker in den Städten und von den Jungen unterstützt (der Ja-Stimmenanteil liegt in der Stadt bei 59% und bei den 18- bis 34-Jährigen bei 59%, siehe Seiten 10 und 11).

Die Vorlage polarisiert ausserordentlich stark zwischen links und rechts. Bei den Sympathisant*innen der Grünen und der SP bleibt die Zustimmung mit 94% bzw. 89% sehr hoch, während die Wähler*innen der FDP die Initiative am stärksten ablehnen (16% Ja, Seite 8). Die Zustimmung hat mit Ausnahme der Grünen überall abgenommen, am stärksten aber bei der Wählerschaft der SVP (-10 Prozentpunkte). Die gesunkene Unterstützung ist insgesamt weniger auf eine Verschiebung in der Mitte zurückzuführen, als auf eine noch prononciertere Ablehnung bei den rechten Wähler*innen.

Das überzeugendste Argument für die Initiativ-Befürworter*innen ist, dass der Profit nicht über



der Umwelt und der Menschenrechte stehen dürfe. Die Gegner*innen lehnen die Vorlage insbesondere ab, weil sich komplexe Lieferketten im Ausland nicht kontrollieren liessen und sie sind der Meinung, dass die Schweiz mit der Annahme der Vorlage zum Weltpolizisten würde (Seite 12).

Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

Stand heute wollen 41% die Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten annehmen. Die Zustimmung ist im Vergleich zur zweiten Umfragerunde um 10%- Prozentpunkte gesunken. Die Unterstützung für die Vorlage ist nicht nur auf tieferem Niveau als bei der Konzernverantwortungsinitiative, sondern auch stärker gesunken.

Der Ja-Stimmenanteil für die Initiative sinkt, wie bei der Konzernverantwortungsinitiative, mit zunehmendem Alter (Seite 18) und ist grösser bei den Frauen (51% Ja) und den Städter*innen (52%), wobei der Geschlechterunterschied und der Stadt-Land Graben bei dieser Vorlage sogar noch deutlicher sind (Seiten 14 und 17). Ebenfalls stark ausgeprägt ist die links-rechts Polarisierung. Die Zustimmung ist sehr hoch bei den Wähler*innen der SP und Grünen, während die Sympathisant*innen der SVP, FDP und CVP die Vorlage deutlich ablehnen (Seite 15). Bei den GLP-Wähler*innen ist die Unterstützung für die Vorlage regelrecht eingebrochen: von 67% Ja-Stimmen in der zweiten Welle auf nur noch 46% (das sind 21 Prozentpunkte weniger).

Die Befürworter*innen überzeugt das Neutralitäts-Argument am meisten (Investitionen in Rüstungskonzerne seien mit der Schweizer Neutralität nicht vereinbar). Die Gegner*innen wollen die Vorlage insbesondere ablehnen, weil die Initiative keinen Einfluss auf die weltweite Nachfrage und das Angebot nach Kriegsmaterial habe (Seite 19).

Technische Eckdaten

Die folgenden Resultate basieren auf 13'884 nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichteten Antworten von UmfrageteilnehmerInnen (9'934 aus der Deutschschweiz, 3'472 aus der Romandie und 478 aus dem Tessin).

- Umfragetage: 12. – 14. November 2020
- Auswertungszeitraum: 14. – 16. November 2020
- Stichproben-Fehlerbereich: ± 1.4 % Punkte (für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe). Bei Subanalysen ist der korrekte Fehlerbereich in der Tabelle angegeben.



Umfassende 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfragen

Die 20 Minuten-/Tamedia-Wahlumfragen werden in Zusammenarbeit mit der LeeWas GmbH durchgeführt. LeeWas modelliert die Umfragedaten nach demografischen, geografischen und politischen Variablen. Die Resultate werden jeweils umgehend ausgewertet, damit die Tageszeitungen und Newsplattformen von 20 Minuten und Tamedia schweizweit rasch und fundiert darüber berichten können. Weitere Informationen sind unter www.tamedia.ch/umfragen abrufbar.

Beteiligte Medien

Deutschschweiz: 20 Minuten, BZ Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, SonntagsZeitung und ZRZ Zürcher Regionalzeitungen
Romandie: 20 Minutes, 24 heures, Tribune de Genève und Le Matin/Le Matin Dimanche
Tessin: 20 Minuti

Kontakt

Andres C. Nitsch, Medienverantwortlicher Tamedia
+41 44 248 42 43, andres.nitsch@tamedia.ch



Über 20 Minuten

Ende 1999 für eine junge und urbane Zielgruppe der Region Zürich lanciert, hat sich die Pendlerzeitung 20 Minuten zum reichweitenstärksten Schweizer Medientitel mit Präsenz in der Deutschschweiz, der Westschweiz und im Tessin entwickelt. In acht gedruckten Lokalausgaben fünfmal die Woche und digital rund um die Uhr informiert und unterhält 20 Minuten in drei Sprachen mit Geschichten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Unterhaltung. Auf den digitalen Kanälen bietet 20 Minuten auch Bewegtbild, Audio-Formate, Radio und weitere zukunftsweisende Technologien. 20 Minuten ist ein Teil der TX Group und umfasst 20 Minuten, 20 minutes und 20 minuti, 20 Minuten Radio, lematin.ch, Encore und die Beteiligungen im Ausland (L'essentiel in Luxemburg, Heute in Österreich und BT in Dänemark).

Über Tamedia

Tamedia geht auf den 1893 gegründeten Tages-Anzeiger zurück. Heute ist das nationale Medienhaus in der Deutschschweiz und der Romandie aktiv und umfasst das führende Redaktionsnetzwerk. Die Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften und Newsplattformen von Tamedia sind lokal verankert und international vernetzt. Sie schaffen Öffentlichkeit und bieten Orientierung sowie Unterhaltung. Zu den namhaften Medienmarken von Tamedia zählen unter anderem 24 heures, Basler Zeitung, Bilan, BZ Berner Zeitung, Das Magazin, Der Bund, Finanz und Wirtschaft, Le Matin Dimanche, Schweizer Familie, SonntagsZeitung, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève sowie die Zürcher Regionalzeitungen. Darüber hinaus gehören die drei grössten Zeitungsdruckereien der Schweiz zum Portfolio. Tamedia ist ein Unternehmen der TX Group.

Weitere Informationen zu Tamedia für Medienschaffende:

<https://www.tamedia.ch/de/unternehmen/newsroom/medienmitteilungen>



1 Konzernverantwortungsinitiative

Tabelle 1: Werden Sie für die Konzernverantwortungsinitiative stimmen?

	%	
Ja	48	} 51
Eher Ja	3	
Eher Nein	3	} 48
Nein	45	
Keine Angabe	1	
Statistische Unschärfe (\pm)	1	



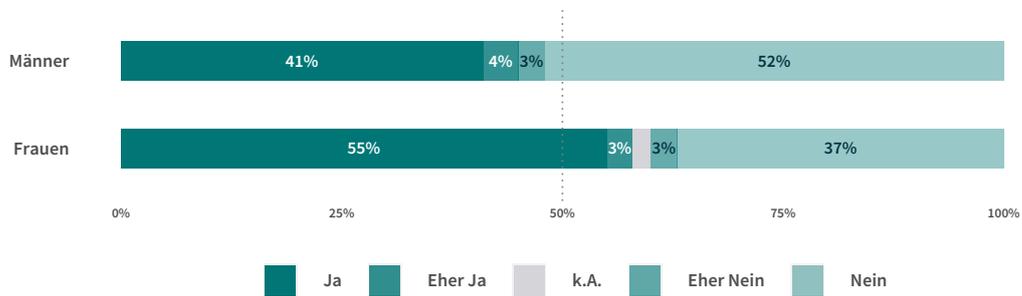
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 2: Werden Sie für die Konzernverantwortungsinitiative stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	41	55
Eher Ja	4	3
Eher Nein	3	3
Nein	52	37
Keine Angabe	0	2
Statistische Unschärfe (±)	2	2



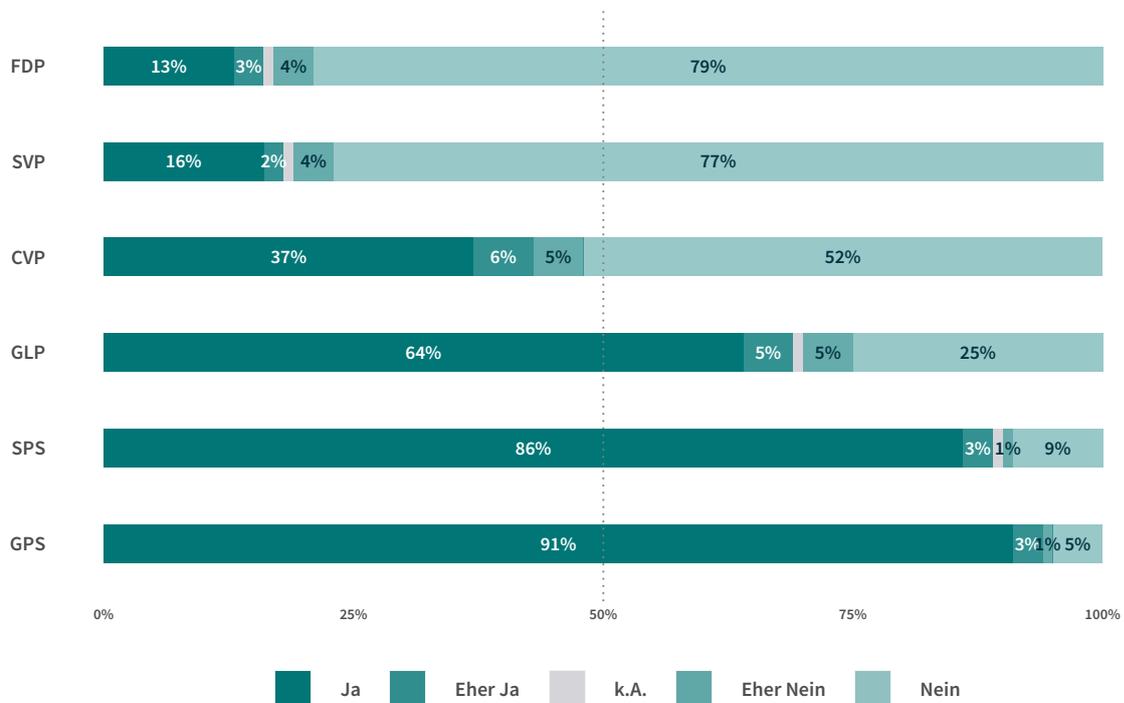
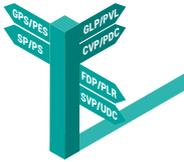
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 3: Werden Sie für die Konzernverantwortungsinitiative stimmen?

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	13	37	86	16	91	64
Eher Ja	3	6	3	2	3	5
Eher Nein	4	5	1	4	1	5
Nein	79	52	9	77	5	25
Keine Angabe	1	0	1	1	0	1
Statistische Unschärfe (\pm)	3	5	3	3	4	4



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 4: Werden Sie für die Konzernverantwortungsinitiative stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	47	54	48
Eher Ja	3	4	3
Eher Nein	3	3	3
Nein	46	39	45
Keine Angabe	1	0	1
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 5: Werden Sie für die Konzernverantwortungsinitiative stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	56	45	45
Eher Ja	3	4	3
Eher Nein	3	4	3
Nein	37	46	48
Keine Angabe	1	1	1
Statistische Unschärfe (±)	2	2	2



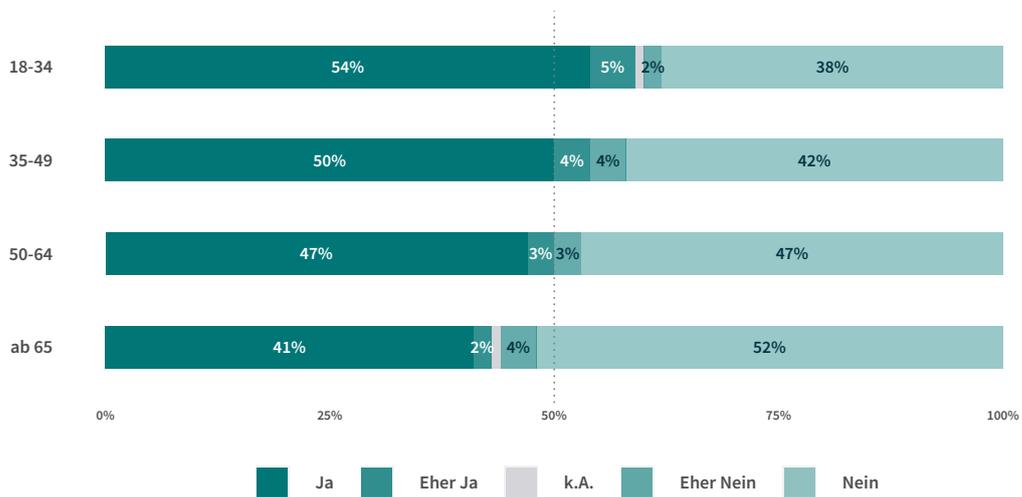
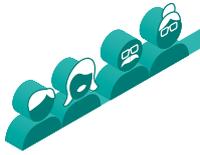
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 6: Werden Sie für die Konzernverantwortungsinitiative stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	54	50	47	41
Eher Ja	5	4	3	2
Eher Nein	2	4	3	4
Nein	38	42	47	52
Keine Angabe	1	0	0	1
Statistische Unsicherheit (\pm)	3	3	2	3



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



1.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 7: Welches Argument spricht am ehesten für die Konzernverantwortungsinitiative?

	%
Der Profit darf nicht über der Umwelt und der Menschenrechte stehen.	48
Wenn Konzerne im Ausland einen Schaden anrichten, sollen sie dafür auch geradestehen.	26
Die Sorgfaltspflicht zwingt Schweizer Konzerne dazu, künftig die Menschenrechte und Umweltauflagen auch im Ausland zu respektieren.	17
In einer globalisierten Welt hört der Rechtsstaat nicht an der Landesgrenze auf.	8
Ein anderes.	1
Keines.	0

Tabelle 8: Welches Argument spricht am ehesten gegen die Konzernverantwortungsinitiative?

	%
Die Initiative lässt sich nicht umsetzen: Komplexe Lieferketten im Ausland lassen sich nicht kontrollieren.	31
Die Schweiz würde mit dieser Initiative zum Weltpolizisten, der anderen Ländern seine Rechtsgrundsätze aufzwingt.	24
Mit Annahme der Initiative droht eine Flut von Klagen gegen Schweizer Unternehmen.	22
Durch die neuen Haftungsrisiken sind Schweizer Unternehmen gezwungen, sich aus Entwicklungsländern zurückzuziehen.	14
Ein anderes.	7
Keines.	2

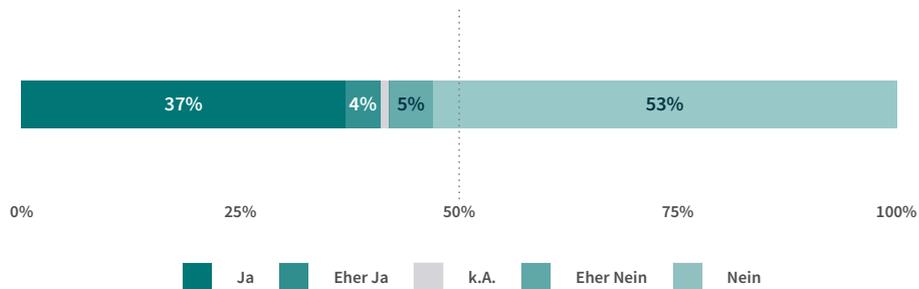
[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



2 Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

Tabelle 9: Werden Sie für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten stimmen?

	%	
Ja	37	} 41
Eher Ja	4	
Eher Nein	5	} 58
Nein	53	
Keine Angabe	1	
Statistische Unschärfe (±)	1	



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.1 Unterstützung nach Geschlecht

Tabelle 10: Werden Sie für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten stimmen?

	Männer	Frauen
Ja	28	46
Eher Ja	3	5
Eher Nein	5	5
Nein	63	42
Keine Angabe	1	2
Statistische Unschärfe (±)	2	2



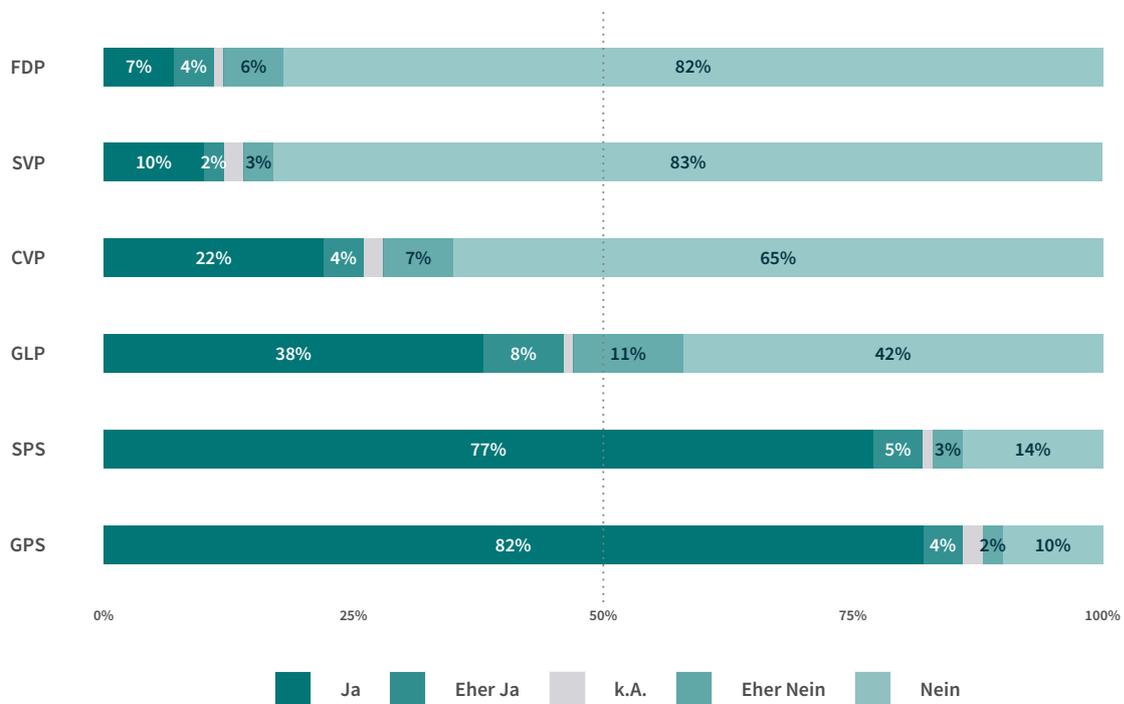
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.2 Unterstützung nach Parteien

Tabelle 11: Werden Sie für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten stimmen?

	FDP	CVP	SP	SVP	GPS	GLP
Ja	7	22	77	10	82	38
Eher Ja	4	4	5	2	4	8
Eher Nein	6	7	3	3	2	11
Nein	82	65	14	83	10	42
Keine Angabe	1	2	1	2	2	1
Statistische Unschärfe (\pm)	3	5	3	3	4	4



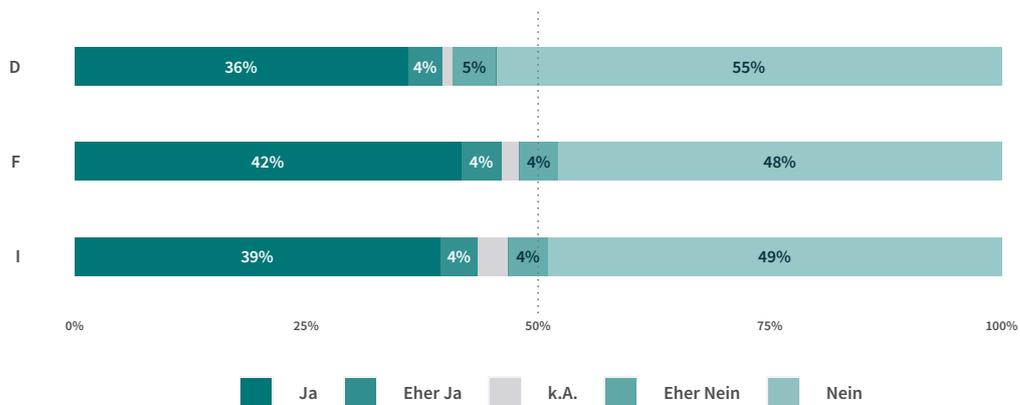
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.3 Unterstützung nach Sprachgruppen

Tabelle 12: Werden Sie für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten stimmen?

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	36	42	39
Eher Ja	4	4	4
Eher Nein	5	4	4
Nein	55	48	49
Keine Angabe	0	2	4
Statistische Unschärfe (\pm)	1	2	5



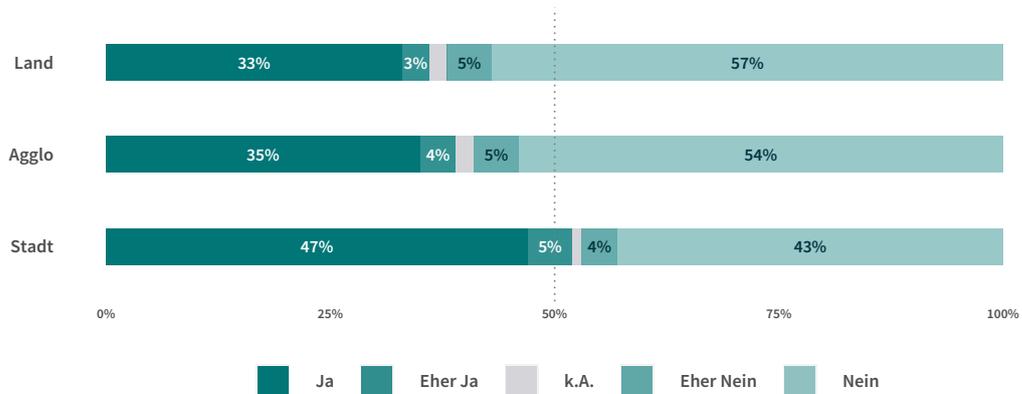
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.4 Unterstützung nach Siedlungstyp

Tabelle 13: Werden Sie für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten stimmen?

	Stadt	Agglo	Land
Ja	47	35	33
Eher Ja	5	4	3
Eher Nein	4	5	5
Nein	43	54	57
Keine Angabe	1	2	2
Statistische Unschärfe (±)	2	2	2



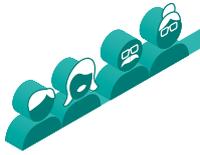
[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.5 Unterstützung nach Alter

Tabelle 14: Werden Sie für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten stimmen?

	18-34	35-49	50-64	ab 65
Ja	43	40	38	29
Eher Ja	5	4	4	3
Eher Nein	4	4	5	5
Nein	46	50	52	62
Keine Angabe	2	2	1	1
Statistische Unschärfe (±)	3	3	2	3



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



2.6 Argumente

Die Anteilswerte sind jeweils nur für die BefürworterInnen oder die GegnerInnen einer Vorlage berechnet.

Tabelle 15: Welches Argument spricht am ehesten für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten?

	%
Milliarden von Schweizer Franken in Rüstungskonzerne zu investieren, ist unvereinbar mit der Schweizer Neutralität.	50
Die Kriege dieser Welt werden auch mit Schweizer Geld finanziert. Die Initiative macht die Welt fairer und friedlicher.	33
Gibts weniger Krieg, gibts weniger Menschen auf der Flucht.	9
Ein anderes.	6
Keines.	2



Tabelle 16: Welches Argument spricht am ehesten gegen das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten?

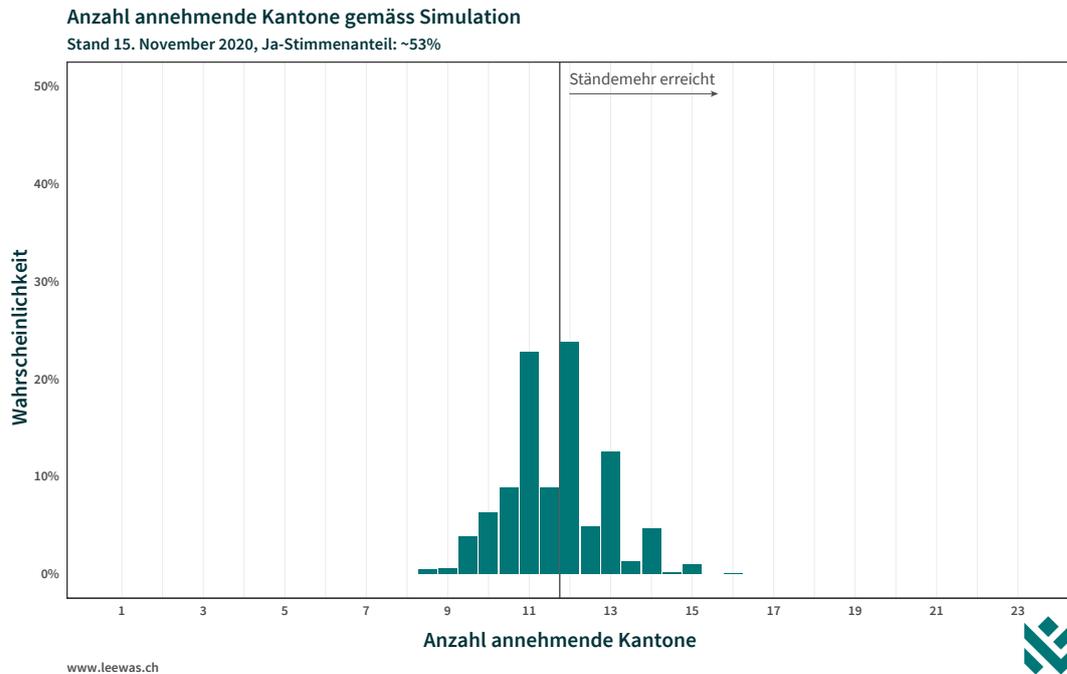
	%
Die Initiative hat keinen Einfluss auf die weltweite Nachfrage und das Angebot nach Kriegsmaterial.	42
Die Initiative schränkt die Nationalbank, Stiftungen, Pensionskassen und die AHV in ihren Anlagemöglichkeiten stark ein.	31
Das Finanzierungsverbot schadet dem Schweizer Finanzplatz.	19
Ein anderes.	7
Keines.	1

[↗ Zurück zur Zusammenfassung](#)



3 Ständemehr Konzernverantwortungsinitiative

Für die Annahme von Initiativen ist neben dem Volksmehr auch die Zustimmung einer Mehrheit der Kantone notwendig (bei den Ständesstimmen gilt der Gleichstand von 11.5 zu 11.5 als Ablehnung). Da die Konzernverantwortungsinitiative insbesondere in den Städten unterstützt wird, ist für den Erfolg dieser Vorlage das Ständemehr die grössere Hürde. Um diese Gegebenheit zu verdeutlichen, haben wir das Ständemehr für die Konzernverantwortungsinitiative basierend auf den Umfragedaten simuliert. Die untenstehende Abbildung illustriert die Resultate der Modellsimulation bei einem Ja-Stimmenanteil von 53% (rechts der vertikalen schwarzen Linie ist das Ständemehr erreicht, links scheitert die Vorlage an den Kantonen). Die Resultate zeigen, dass bei einem Ja-Stimmenanteil von 53% die Chance für das Erreichen des Ständemehr genau so gross ist wie das Scheitern. Mit anderen Worten: Selbst bei einem relativ klaren Volksmehr von 53% ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Initiative das Ständemehr auch noch erreicht nur bei ungefähr 50-50, wie bei einem Münzwurf.



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



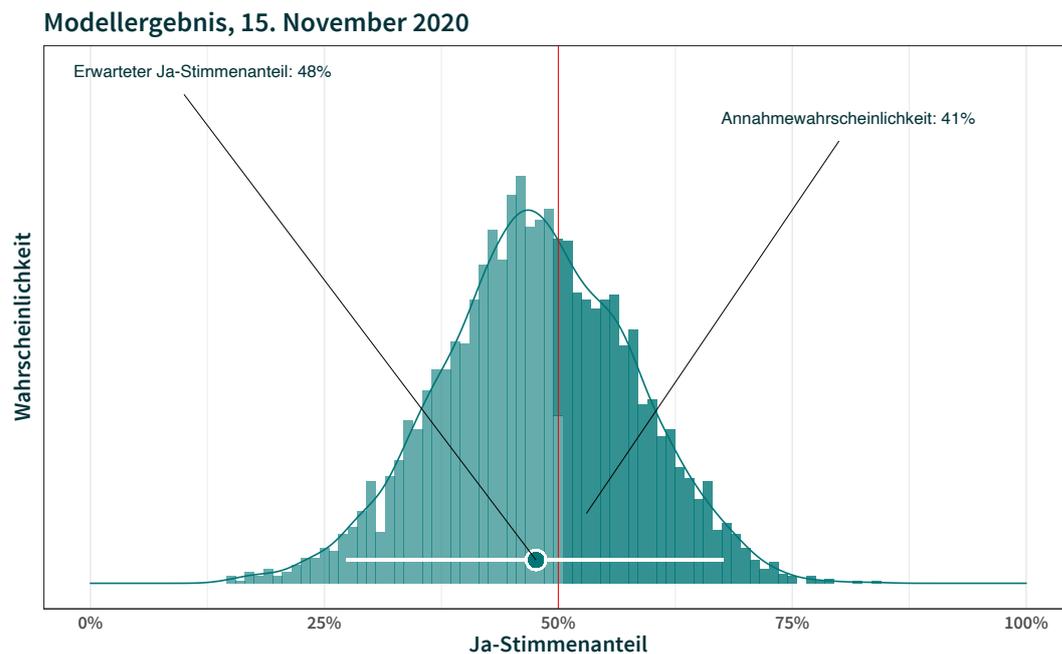
4 Vorhersagen für die Vorlagen

Neben der aktuellen Zustimmungen (siehe z.B. Seite 6) weist dieser Bericht auch die Resultate eines Prognosemodelles aus. Dieses Modell beruht auf historischen Daten von vergangenen Abstimmungen sowie den vorhergehenden Umfragewellen für die aktuellen Abstimmungen. Basierend auf diesem Modell kann der *erwartete Ja-Stimmenanteil* sowie die *Annahmewahrscheinlichkeit* geschätzt werden.

4.1 Konvernverantwortungsinitiative

Annahmewahrscheinlichkeit: Die Annahme der Konvernverantwortungsinitiative ist gemäss dem Prognosemodell *offen* (41%). Das bedeutet, dass die Vorlage gemäss dem Modell auf beide Seiten kippen kann - mit einer leichten Bevorzugung einer Ablehnung.

Erwarteter Ja-Stimmenanteil: Gemäss dem Informationsstand am 16. November 2020 ist der erwartete Ja-Stimmenanteil für die Konvernverantwortungsinitiative bei 48% ($\pm 21\%$ -Punkte, 95%-Intervall 27% - 69%).



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



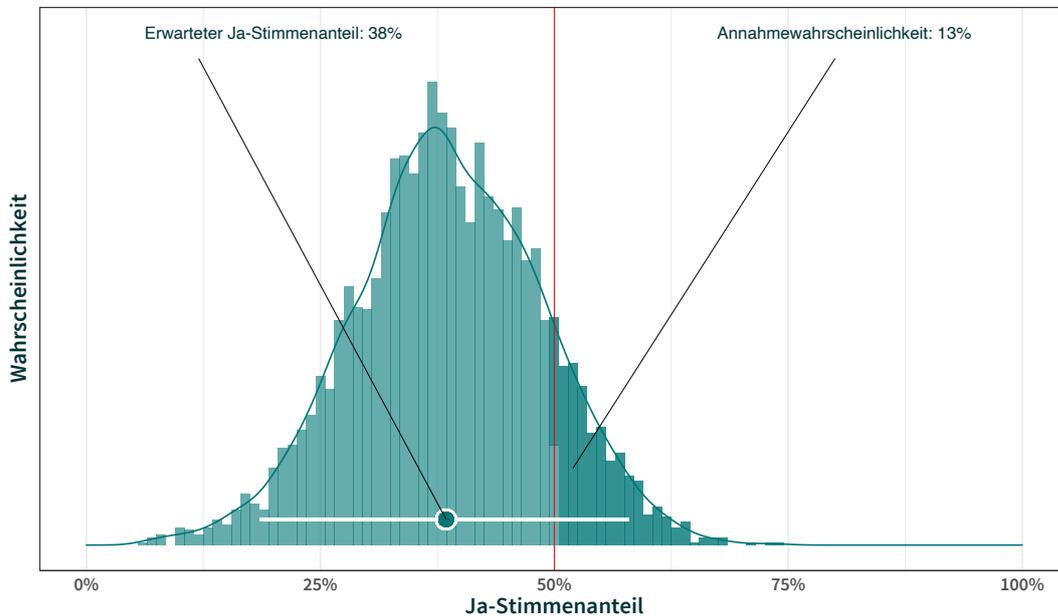
4.2 Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

Annahmewahrscheinlichkeit: Die Annahme der Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten ist gemäss dem Prognosemodell *unwahrscheinlich* (13%). Das bedeutet, dass die Vorlage gemäss Modell in nur etwas mehr als einem von zehn Fällen angenommen werden sollte.

Erwarteter Ja-Stimmenanteil: Gemäss dem Informationsstand am 16. November 2020 liegt der erwartete Ja-Stimmenanteil für die Initiative für das Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten bei 38% ($\pm 19\%$ -Punkte, 95%-Intervall 19% - 57%).

Mehr zu Wahrscheinlichkeiten und Vorhersagen erläutern wir auf Seite 24.

Modellergebnis, 15. November 2020



[Zurück zur Zusammenfassung](#)



5 Technische Details

Stichprobe: Die folgenden Resultate basieren auf 13'884 UmfrageteilnehmerInnen (9'934 aus der Deutschschweiz, 3'472 aus der Romandie und 478 aus dem Tessin).

Stichprobenfehler: Wie bei allen gewichteten oder ungewichteten Umfragen weist diese Umfrage einen Fehlerbereich aus. Auf einem α -Niveau von 5% liegt der maximale Fehlerbereich bei dieser Umfrage bei $\pm 1.4\%$ -Punkten für Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe.

Erhebungszeitraum: Die Umfrage war vom 12. – 14. November 2020 online zugänglich. Die bereinigten Daten wurden für die Analyse nach demographischen, geographischen und politischen Variablen gewichtet.

6 Statistische Unschärfe

Jede Schätzung, die auf einer Stichprobe basiert, enthält eine statistische Unschärfe. Der Stichprobenfehler, der für die ganze Umfrage angegeben ist, gilt nur für die Auswertungen der ganzen Stichprobe. Bei Analysen nach Untergruppen (bspw. nach Parteien) ist die Anzahl Antworten kleiner was die statistische Unschärfe vergrössert.

Als Lesebeispiel diskutieren wir unten die Unterstützung des Energiegesetzes gemäss der ersten Umfrage-Welle (siehe Tabelle 17, ursprünglich publiziert im Bericht vom 10. April 2017). Die Unschärfe ist am kleinsten für die deutschsprachige Schweiz, da die meisten Befragten Teil dieser Gruppe sind. Der Stichprobenfehler für die italienische Schweiz ist mit $\pm 10\%$ gross, da deutlich weniger Tessiner an der Umfrage teilgenommen haben. Wie werden diese Ergebnisse nun gelesen? In der Deutschschweiz beträgt die Unterstützung 52% (45% + 7%) und der Stichprobenfehler liegt bei 2%. Hätten wir die Umfrage 100 mal wiederholt, würden wir erwarten, dass bei 95 Umfragen ein Mittelwert zwischen 50% und 54% resultiert. Dieses Intervall (definiert durch den "Unterstützungswert" \pm "Stichprobenfehler") wird als Konfidenzintervall bezeichnet. Je grösser der Stichprobenfehler, desto grösser wird dieses Intervall.

Tabelle 17: Werden Sie das Energiegesetz annehmen? (erste Welle, Bericht 10.4.2017)

	Deutsch	Französisch	Italienisch
Ja	45	54	47
Eher Ja	7	15	15
Eher Nein	7	5	12
Nein	39	22	21
Habe mich noch nicht entschieden	2	4	5
Statistische Unschärfe (\pm)	2	5	10

Weshalb ist das wichtig? Auf Basis obiger Daten lässt sich gut behaupten, dass die Unterstützung in der Deutschschweiz tiefer liegt als in der Westschweiz. Die selbe Aussage über die Unterstützung in der Westschweiz (69%) und der italienischen Schweiz (62%) wäre aber nicht



zulässig. Für die Westschweiz ist die untere Grenze des Konfidenzintervalls bei 64% (die obere bei 74%), während die obere Grenze für die italienische Schweiz bei 72% liegt (und die untere bei 52%). Die beiden Konfidenzintervalle überlappen sich also und es ist daher kein signifikanter Unterschied zwischen der Unterstützung in der Westschweiz und der italienischen Schweiz festzumachen. Anders gesagt: Nichts in den Daten weist darauf hin, dass die Unterstützung in der Westschweiz tatsächlich höher ist als in der italienischen Schweiz.¹ Die angegebenen statistische Unschärfe erlaubt es also zu beurteilen, bei welchen Vergleichen man von Unterschieden in der Unterstützung gesprochen werden kann und welche innerhalb der Unschärfe liegen.

6.1 Vorhersagen

Die Vorhersagen beruhen auf einem Modell. Dieses Prognosemodell berücksichtigt Daten, die ungefähr 14 Tage vor dem Abstimmungstermin vorliegen. Das Modell geht von einem normalen Kampagnenverlauf aus, d.h. unerwartete Ereignisse können nicht antizipiert werden.

Das Prognosemodell generiert einen Vorhersagewert und einen dazugehörigen Vertrauensbereich (auch Unsicherheitsbereich genannt). Je kleiner die Unsicherheit des Modelles, desto eher kann man sich auf die Vorhersage verlassen.

Um die Vorhersage des statistischen Modelles einfacher interpretieren zu können, übersetzen wir Annahmewahrscheinlichkeiten in sprachliche Kategorien. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Kategorisierung.

Tabelle 18: Annahmewahrscheinlichkeiten

Annahmewahrscheinlichkeit	
90-100%	Annahme sehr wahrscheinlich
75-90%	Annahme wahrscheinlich
60-75%	Annahme eher wahrscheinlich
40-60%	offener Ausgang
25-40%	Annahme eher unwahrscheinlich
10-25%	Annahme unwahrscheinlich
0-10%	Annahme sehr unwahrscheinlich

Die Grundlage für die Unsicherheit bildet eine Simulation, in der 1000 Abstimmungsausgänge modelliert werden (siehe Abbildungen auf Seiten 21, 22).

¹Dies ist eine konservative Annäherung - korrekterweise ist dieser Unterschied dann nicht signifikant, falls die Differenz der beiden Mittelwerte kleiner als 1.96 mal die Quadratwurzel der Summe der quadrierten Stichprobenfehler ist. Die Regel oben ist aber einfach in der Anwendung und konservativ, d.h. man behauptet nie fälschlicherweise, dass ein Unterschied existiert, wenn er nicht signifikant ist.



7 Modellbasierte oder designbasierte Umfragen?

Die Standardmethode von Telefonumfragen baute lange Zeit auf der Theorie der Zufallsstichprobe auf. Aus der Stimmbevölkerung wird eine "repräsentative" Stichprobe von 1,000 bis 1,500 Befragten interviewt. Wenn die Stichprobe tatsächlich zufällig generiert wurde—das heisst, alle StimmbürgerInnen haben dieselbe Teilnahmewahrscheinlichkeit—ist die Analyse der Daten vergleichsweise einfach, präzise und robust: Die Unterstützung in der Stichprobe für eine Vorlage kann direkt auf die Stimmbevölkerung extrapoliert werden (wobei noch die Unsicherheit berechnet wird). Die Vorteile der Standardmethode sind die wenigen Annahmen in der Datenauswertung und die elegante theoretische Fundierung. Dieser Ansatz, der in seiner Grundstruktur seit den 1930er Jahren verwendet wird, wird als *designbasierte* Umfrage bezeichnet.

Die Herausforderung (oder Achillesferse) liegt im Generieren einer repräsentativen Zufallsstichprobe. Theoretisch sollte jede Wählerin die gleiche Wahrscheinlichkeit haben, in der Stichprobe interviewt zu werden. In der Praxis ist das wegen Problemen im Abdeckungsgrad und der Nicht-Teilnahme an Umfragen nicht der Fall. Massgebend ist neben der Auswahl der Stichprobe die Erreichbarkeit und Nicht-Teilnahme (bzw. Verweigerung) der Personen, die kontaktiert werden. In aktuellen Telefonumfragen bleiben bis zu 90% der Anrufe unbeantwortet. Über die Jahre ist die Verweigerung und Nicht-Erreichbarkeit deutlich gestiegen (vor 15 Jahren war die Ausschöpfungsquote noch rund doppelt so gut).² Problematisch ist die hohe Nicht-Erreichbarkeit und Verweigerung, weil sich die relativ wenig Personen, welche an den Umfragen teilnehmen, systematisch von der grossen Mehrheit unterscheidet, die auch hätte interviewt werden sollten.

Aufgrund dieser Probleme hat sich eine Alternative zu den designbasierten Umfragen entwickelt - die *modellbasierte* Umfrage. In diesem Ansatz wird nicht mehr angenommen, dass die Stichprobe repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist, sondern modelliert die Gesamtbevölkerung. Gewichtete Umfragen sind Teil dieses modellbasierten Ansatzes. Die gewichtete Analyse von grossen Onlinestichproben folgt nicht der Theorie der Zufallsstichprobe. Anstatt eine relativ kleine Stichprobe auszuwerten—die über ein Zufallsverfahren hätte zustande kommen sollen—, werden Verzerrungen in Online-Stichproben akzeptiert, aber ausgeglichen. Dabei werden politische, geographische und demographische Informationen in einem mehrstufigen Verfahren analysiert.

In gewichteten Umfragen werden Idealtypen gebildet, bspw. 18-35 jährige Bernerinnen, die in der Stadt wohnt und einen Hochschulabschluss haben. In einem weiteren Schritt werden für die Idealtypen die durchschnittliche Unterstützung zu einer Frage bestimmt. Im letzten Schritt werden die einzelnen Idealtypen entsprechend ihrer Häufigkeit in der Bevölkerung gewichtet. Das erlaubt in einem weiteren Schritt ein gewichtetes Mittel zu schätzen.³ Auch dieser Ansatz basiert auf Annahmen - eine Annahme ist beispielsweise, dass die 18-35 jährigen Bernerinnen, die Befragt werden für diese spezifische Gruppe repräsentativ sind. Die genauen Details unterscheiden sich,

²Bei der VOX 107 (siehe Technischer Bericht vom 10.7.2012) beispielsweise wurden von 14'331 zufällig generierten und gültigen Telefonnummern 1'507 Personen befragt (Ausschöpfung = 10.5%). In der VOX 72 (siehe Technischer Bericht vom 15.12.2000) war die Ausschöpfungsquote bei 19.5% (1'024 verwendbare Interviews bei 5'244 gültigen Ursprungsnummern) und in der VOX 62 (siehe Technischer Bericht vom 22.10.1997) bei 23% (1'001 verwendbare Interviews bei 4'374 gültigen Ursprungsnummern).

³Eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen beiden Ansätzen finden Sie hier: Ansolabehere, Stephen, and Douglas Rivers. "Cooperative Survey Research" *Annual Review of Political Science* 16: 307–329. Der Aufsatz kann hier gelesen werden: <http://www.annualreviews.org/doi/abs/10.1146/annurev-polisci-022811-160625>



zahlreiche grosse Meinungsforschungsunternehmen setzen jedoch auf diese Verfahren wie z.B. YouGov welches die politischen Umfragen für die New York Times und den Fernsehsender CBS durchführt.

Fazit: Die Stärke der designbasierten Umfrage liegt in den wenigen Annahmen bezüglich der Auswertung der Daten. Ob die Theorie der Zufallsstichprobe anwendbar ist, hängt von der Stichprobe ab. Die Schwierigkeiten über Telefoninterviews eine repräsentative Zufallsstichprobe zu generieren haben stark zugenommen. Einige Massnahmen, wie zum Beispiel die Berücksichtigung von Mobilnummern und die Auswahl der Kontaktpersonen mittels "random digitng", verbessern zwar den Abdeckungsgrad, lösen aber das Hauptproblem nicht – nämlich die steigende Nicht-Erreichbarkeit und Verweigerung. Die zunehmend genutzte Alternative dazu sind modellbasierte Umfragen.

8 Bisherige Umfragen und Vergleich mit Endergebnis

Die Qualität von Umfragen zu bestimmen ist kein leichtes Unterfangen, da die Unterstützung von Vorlagen sich über die Zeit ändert. Die folgenden Daten hier erlauben jeder Leserin und jedem Leser sich ein eigenes Bild zu machen.

Ein möglicher Ansatz ist, Umfragen mit dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis zu vergleichen. Mit diesem Ansatz wird die letzte Umfrage vor der Abstimmung mit dem Abstimmungsergebnis verglichen. Dieser Vergleich ist informativ unter der Annahme, dass sich die Meinungen in den letzten zwei bis drei Wochen zwischen der letzten Umfragewelle und der Abstimmung nicht mehr ändern. Ob dies Annahme in einem konkreten Fall zutrifft oder nicht ist eine empirische Frage. Die folgende Tabelle gibt hierzu einen Überblick.

Wird die letzte Umfrage vor den Abstimmungen mit dem Endergebnis verglichen (siehe Tabelle 19), liegt die 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage in etwa der Hälfte aller Abstimmungen näher am amtlichen Endergebnis als die SRG Trendumfrage.



Tabelle 19: Letzte Umfrage und tatsächliches Resultat

Vorlage	20 Minuten-/Tamedia	SRG Trendumfrage	Abstimmungsergebnis	Näher am
	Ja %	Ja %		Abstimmungsergebnis
Masseneinwanderung	49	43	50	20 Minuten-/Tamedia
FABI	46	56	62	SRG Trendumfrage
Abtreibung	28	36	30	20 Minuten-/Tamedia
Gripen	43	44	47	SRG Trendumfrage
Pädophilen Initiative	66	59	64	20 Minuten-/Tamedia
Mindestlohn	30	30	24	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Med. Grundversorgung	76	71	88	20 Minuten-/Tamedia
Öffentliche KK	48	38	38	SRG Trendumfrage
MWST Gastro	37	41	29	20 Minuten-/Tamedia
Pauschalbesteuerung	44	42	41	SRG Trendumfrage
Ecopop	36	39	26	20 Minuten-/Tamedia
Gold	28	38	23	20 Minuten-/Tamedia
Familieninitiative	39	40	25	20 Minuten-/Tamedia
Energieinitiative	12	19	8	20 Minuten-/Tamedia
Erbschaftsteuer	29	34	29	20 Minuten-/Tamedia
Präimplantationsdiagnostik	56	46	62	20 Minuten-/Tamedia
Radio & TV Gesetz	41	43	50	SRG Trendumfrage
Stipendieninitiative	39	38	28	SRG Trendumfrage
Durchsetzungsinitiative	43	46	41	20 Minuten-/Tamedia
Zweite Gotthardröhre	54	56	57	SRG Trendumfrage
Heiratsstrafe abschaffen	49	53	49	20 Minuten-/Tamedia
Spekulationsstopp	39	31	40	20 Minuten-/Tamedia
Asylgesetz	55	60	67	SRG Trendumfrage
Milchkuh	41	40	29	SRG Trendumfrage
Bedingungsloses Grundeinkommen	37	26	23	SRG Trendumfrage
Pro Service Public	48	40	32	SRG Trendumfrage
FPMG	55	keine Umfrage	62	×
Grüne Wirtschaft	42	51	32	20 Minuten-/Tamedia
AHVplus	49	41	41	SRG Trendumfrage
NDG	58	53	67	20 Minuten-/Tamedia
Atomausstieg	57	48	46	SRG Trendumfrage
Erleichterte Einbürgerung	55	66	60	20 Minuten-/Tamedia
Finanzierung Strassenverkehr	60	62	62	SRG Trendumfrage
USR III	45	45	41	20 Minuten-/Tamedia/SRG Trendumfrage
Energiegesetz	53	56	58	SRG Trendumfrage
Ernährungssicherheit	67	69	79	SRG Trendumfrage
MWST AHV	51	50	50	SRG Trendumfrage
Altersvorsorge	48	51	47	20 Minuten-/Tamedia
NoBillag	39	33	28	SRG Trendumfrage
Vollgeld	29	34	24	20 Minuten-/Tamedia
Geldspielgesetz	55	58	73	SRG Trendumfrage
Fair Food	43	53	39	20 Minuten-/Tamedia
Ernährungssouveränität	39	49	32	20 Minuten-/Tamedia
Gegenentwurf Velo	57	69	74	SRG Trendumfrage
Hornkuh-Initiative	45	49	45	20 Minuten-/Tamedia
Selbstbestimmung	40	37	34	SRG Trendumfrage
Versicherungsdetektive	67	59	65	20 Minuten-/Tamedia
Zersiedlungsinitiative	37	47	36	20 Minuten-/Tamedia
AHV-Steuer-Vorlage	62	59	66	20 Minuten-/Tamedia
Änderung Waffengesetz	53	65	64	SRG Trendumfrage
Mietwohnungsinitiative	48	51	64	20 Minuten-/Tamedia
Diskriminierungsverbot	69	65	64	SRG Trendumfrage
Begrenzungsinitiative	33	35	38	SRG Trendumfrage
Jagdgesetz	49	46	48	20 Minuten-/Tamedia
Kinderdrittbetr.	51	46	43	SRG Trendumfrage
Vaterschaftsurlaub	70	61	60	SRG Trendumfrage
Kampfjets	65	58	50.1	SRG Trendumfrage



Konzeption und Durchführung der 20 Minuten-/Tamedia-Abstimmungsumfrage

Die vorliegende Umfrage wurde von der LeeWas GmbH in Zusammenarbeit mit 20 Minuten-/Tamedia entwickelt und durchgeführt. Die LeeWas GmbH ist auf Umfragen und datengestützte Serviceleistungen spezialisiert.

LeeWas GmbH

LeeWas wurde von Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen als Spinoff ihrer gemeinsamen Forschungstätigkeit gegründet. Lucas Leemann und Fabio Wasserfallen beschäftigen sich seit Jahren mit den modernsten Methoden der Umfrageforschung und haben dazu auch in führenden wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. www.leewas.ch

Autoren

Lucas Leemann ist Assistenzprofessor an der Universität Zürich. Vorher hat er am University College London und an der University of Essex gearbeitet. Er hat seine Doktorarbeit an der Columbia Universität geschrieben und unterrichtet komplexe statistische Anwendungen an verschiedenen Universitäten (University College London, Essex, Zürich, Waseda Tokio, Wien).

Fabio Wasserfallen ist Professor für Europäische Politik an der Universität Bern. Zuvor war er Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Zeppelin Universität, assoziierter Professor für Politische Ökonomie an der Universität Salzburg, Gastprofessor für Politische Theorie an der Universität Zürich und als Research Fellow für jeweils einjährige Forschungsaufenthalte in Harvard und Princeton.

Thomas Willi ist Doktorand am Lehrstuhl für Methoden des politikwissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich. Er schreibt seine Dissertation im Bereich des politischen Verhaltens mit einem Schwerpunkt auf statistischen Modellen sowie Datenvisualisierung.

Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung oder allfällige Verbesserungsvorschläge und Ideen. Senden Sie eine E-mail an info@leewas.ch.